

23. Linzer Konferenz
8.-12. September 1987

Referat zum
Tagesordnungspunkt 1

Gyula TOKODY
Ungarn

Frieden ohne Annexionen und nationales Selbstbestimmungsrecht

Ich möchte auf den Widerspruch hinweisen, der zwischen dem Frieden ohne Annexionen, der territorialen Integrität und dem nationalen Selbstbestimmungsrecht am Ende des 1. Weltkrieges entstand, wo doch diese drei Begriffe eigentlich eine einander bedingende Bestrebung deckte und den Interessen der Nationen entsprach. Die kriegsamerikanische Bewegung war nicht nur mit einer sozialen Progression verbunden, sondern auch mit nationalen Kämpfen. Und im Laufe der Jahre 1917-18 kam ^(eben) in der Österreich-Ungarischen Monarchie - wie bekannt - letztere in den Vordergrund: schließlich war das Ergebnis die Spaltung des Reiches in nationale ~~Nationalitäts~~ Gruppen, die Abtrennung von zumeist slawischen und rumänischen Gebieten, die Geltendmachung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes auf dem Wege der Revolution. Dies geriet in Deutschland, Österreich, aber ~~xxx~~ ^{besonders} in Ungarn mit dem Prinzip der nationalen Integrität in Konflikt, hauptsächlich deshalb, weil die politischen Richtungen das zumeist als historisches Produkt auffaßten. In Österreich-Ungarn kam auch in dieser Auffassung die Meinung zum Ausdruck, daß eine Ausbildung von Nationalstaaten wegen der großen ethnischen Mischung auf dem Territorium der Monarchie unmöglich sei.

Und da sie sich auf die Erklärung der österreichischen sozialdemokratischen ^{Abgeordneten} ~~Vertreter~~ zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen beriefen, verkündete die ungarische Sozialdemokratie in den ersten Oktobertagen des Jahres 1918 "die große Föderation der Völker der Monarchie und des Balkans", innerhalb dieser "das auf freiem Bündnis, auf Föderation der gleichberechtigten freien und demokratischen Nationen beruhende Ungarn" /Népszava, 5.u.8. Okt. 1918/. Eine solche Lösung also, die im Prinzip auch ohne Verletzung der ungarischen ^{territorialen} Integrität das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zur Geltung gebracht hätte, insofern selbstverständlich, als dies nicht die Abtrennung und selbständige Staats^{lichkeit} ~~sein~~

bedeutet hätte. Zsigmond Kunfi betonte zwar auf dem am 13. Oktober einberufenen Parteikongreß, daß diejenigen Völker nicht mit Gewalt zum Bleiben gezwungen werden dürfen, die sich selbständig machen möchten, aber er gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, daß es nicht zur Abtrennung kommen werde. Die am Kongreß teilnehmenden Nationalitätensektionen wichen einer eindeutigen Stellungnahme aus, da einige Kreise der Sozialdemokraten der Nationalitäten damals schon ein Bündnis eingegangen waren mit den bürgerlichen Richtungen gleicher Nationalität, die eine Abtrennung wünschten.

Aus ähnlichen Gründen wies auch die Ungarische Sozialdemokratische Partei nicht das Prinzip der territorialen Integrität zurück. Nicht nur aus dem Grunde, weil das ihren früheren Ansichten über die Nationalitäten widersprochen hätte, besonders dem ^{Gedanken} ~~Prinzip~~ der Kulturautonomie, sondern auch deshalb nicht, weil die Parteiführung nach Zusammenarbeit mit den ungarischen progressiven bürgerlichen Kräften strebte, und diese standen auf der Basis der territorialen Integrität des königlichen Ungarns. Den Standpunkt der linken Opposition der Partei aber wies die Führung zurück. Danach ist nämlich die territoriale Integrität eine bürgerliche Forderung, die also verworfen werden muß, und es muß das Ziel sein, daß "das Proletariat der in Ungarn lebenden gesamten Nationen die Lenkung des Schicksals des Landes zu übernehmen habe" /IMTV. Bd.4, 2.Teil:1914-1918. Budapest 1969. S.485/. Das aber wäre einer Revolution des Proletariats gleichgekommen, für die die sozialdemokratische Parteiführung die Lage noch nicht gereift sah.

Infolgedessen konnte die Arbeiterbewegung in Ungarn keinen Einklang schaffen zwischen der nationalen Selbstbestimmung und der territorialen Integrität. Die gegen den Krieg gerichtete Bewegung ~~aber~~ selbst aber beeinflusste dies nicht wesentlich, weil die Nationalitätenbewegungen im allgemeinen die den Krieg unterstützenden politischen Kräfte schwächten, so wurden sie im Kampf für den Frieden natürliche Bündnispartner der Arbeiterbewegung. Die Frage trat ^{aus diesem} ~~über~~ in einem solchen Zeitabschnitt in den Vordergrund,

als der Zusammenbruch des Krieges bereits offensichtlich war.

Die bürgerlich-demokratische Revolution am 30. und 31. Oktober 1918 machte auch in Ungarn den Krieg ein Ende, und die praktische Verwirklichung des Prinzips eines Friedens ohne Annexionen trat auf die Tagesordnung. Die Regierung Károlyi verwarf nicht nur in Prinzip, sondern auch in der Praxis jede Annexion, den Gedanken der nationalen-territorialen Integrität aber gab sie nicht auf. Das aber stand in seinem Wesen im Einklang mit dem sozialdemokratischen Standpunkt: die Regierung wollte aus dem alten Ungarn - mit den Worten von Oskar Jászai - "eine demokratische östliche Schweiz" /Hópszava, 5. Dez. 1918/ ausgestalten. Gegen die Abtrennung von Kroatien-Slawonien erhob sie ihre Stimme ^{trutzlos}, und schon im Übereinkommen von Belgrad am 13. November, dann in Laufe ^{seiner} ~~der~~ erneuten Ergänzungen war sie de facto gezwungen, das Selbständigwerden der Wojwodschafft, Slowakei~~x~~ und Siebenbürgens zur Kenntnis zu nehmen.

Der rechtliche und gerechte Kampf der Nationalitäten gestaltete sich in einigen Fällen zu gebietserwerbenden Krieg, und erhielt zugleich konterrevolutionären Inhalt. Von ungarischen Standpunkt aus gesehen: der für die territoriale Integrität geführte Kampf wurde stufenweise zu einem Kampf für die ^{unabhängige} nationale Selbständigkeit, und schließlich war auch der eben nur errungene Frieden verloren. Auch dieser Kampf setzte sich die Bewahrung der ungarischen territorialen Integrität zum Ziel, jedoch war in Wirklichkeit nicht mehr von der Integrität im Sinne des alten königlichen Ungarns die Rede, sondern im wesentlichen von dem Schutz der von Ungarn bewohnten Gebiete. Da aber im März 1919 die Ausrufung der Ungarischen Räterepublik die gesellschaftlich-politische Ordnung des Landes veränderte, so wandelte sich auch das Ziel und der Charakter des neu auflebten Krieges: auf der einen Seite wurde der Krieg für die Aufrechterhaltung und Expansion der Revolution des Proletariats geführt, auf der anderen für die bürgerliche Restauration.

Es ist bekannt, daß zwar das Endergebnis ein Produkt der ungarischen Klassen- und Nationalitätenverhältnisse bzw.

Kämpfe war, doch im Zustandekommen spielte auch das Verhalten der Ententemächte eine große Rolle. Frankreich unterstützte in erster Linie wegen ihrer sowjet- und deutschfeindlichen strategischen Ziele die Bestrebungen der rumänischen, tschechischen und südslawischen Regierungen. Was für einen Standpunkt aber vertrat Sowjetrußland und Deutschland in der Frage der ungarischen territorialen Integrität? Die Berechtigung der Frage wird dadurch unterstrichen, daß es sich in beiden Fällen um ein Land handelte, das von Arbeiterparteien gelenkt wurde.

Die führenden Kreise Sowjetrußlands verurteilten den Zerfall der Österreich-Ungarischen Monarchie in kleine Staaten, die Aufschürung der nationalen Gegensätze, des Nationalismus, und sie waren der Meinung, daß dies eigentlich im Interesse der Ententemächte liegt. Sie waren aber überzeugt, daß die im Oktober 1918 ausgebrochenen nationalen Revolutionen nur zur Revolution des Proletariats werden wird. Demzufolge wird in Südosteuropa ein neues revolutionäres Zentrum in Form einer Konföderation zustandekommen. Diese Konzeption stand im Einklang mit der Stellungnahme der ungarischen Kommunisten, und - wie wir sahen - stand sie auch nicht weit entfernt von dem Konföderationsplan der ungarischen Progression.

In Falle Deutschlands war die Situation anders. Nicht nur, weil hier die Sozialdemokratie und nicht der proletarrevolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung die Macht in ihren Händen hielt, sondern auch deshalb, weil den Waffenstillstand mit der Entente der Rat der Volksbeauftragten abgeschlossen hatte, was eine auße politische Verpflichtung bedeutete. Infolgedessen wurde seine Außenpolitik einerseits dem Standpunkt eines möglichst günstigen Friedensabschlusses untergeordnet, andererseits den traditionellen deutschen Machtinteressen. Ein offenes Auftreten für die Integrität Ungarns hätte die französischen Interessen gekreuzt und Deutschlands Friedensaussichten verschlechtert. Ein offenes Entgegentreten aber hätte der sich auf die Sicherung einer deutschen territorialen Integrität richtenden Politik widersprochen und wahrscheinlich Deutschlands internationale Positionen nicht verbessert.

So bildete sich schließlich kein offizieller deutscher Standpunkt in der ungarischen Frage aus. Umso weniger, als im Hinblick auf die eng genommenen südosteuropäischen deutschen Interessen diese Frage auch nicht eindeutig beurteilt werden konnte. Auch Berlins Ratlosigkeit widerspiegelt wahrscheinlich die widersprüchliche Meinung, die das Buda-
pester Generalkonsulat formulierte: "Je größer und mächtiger Ungarn sein wird, um so mehr werden in Anbetracht seiner geographischen Lage die Beziehungen des Deutschen Reiches zum nahen Orient, ebenso wie in der Vergangenheit, von der ungarischen Politik beeinflusst werden. Die verhängnisvolle Gegensatz zu Rumänien und Serbien würden neu entstehen. Unser Verhältnis zu den Tschechen würde noch erschwert werden. Ein kleines und schwaches Ungarn würde jedoch voraussichtlich gezwungen sein, sich an Deutsch-Österreich und somit an das Deutsche Reich anzulehnen." / P.A. des A.A. Österreich 92. Nr. 10. Bd. 6. Die Beziehungen Deutschlands zu Ungarn. Ohne Datum. /

Die Verfasser hätten vom Standpunkt der deutschen Interessen her ein Zustandekommen eines solchen "Großrumäniens" für wünschenswert gehalten, welches außer Bessarabien und der Bukowina ganz Siebenbürgen und auch einen ~~xx~~ großen Teil des Banats umfaßt hätte. Sie hofften nämlich, daß in dieser neuen Staatsbildung, in erster Linie mit Hilfe der deutschen Politiker Siebenbürgens / nach ihren Berechnungen hätte das neue Rumänien eine deutsche Bevölkerung von einer Million/, die Orientierung der rumänischen Regierung auf Frankreich in eine deutschfreundliche Politik umgeändert hätte werden können. Rumänien war nämlich wegen der wachsenden Rohstoffansprüche für Deutschland äußerst wichtig.

Unter Berücksichtigung der ungeklärten Lage im Donaubecken und wahrscheinlich auch in dem Bewußtsein, daß auch die deutschen Interessen unter den neuen Umständen ziemlich unklar waren, empfahl die Meldung - gleichsam als Schlußfolgerung -, daß Deutschland und dementsprechend die deutsche Presse, sich nicht für die ungarische Integrität,

aber auch nicht für die rumänischen, serbischen bzw. süd-slawischen Bestrebungen einsetzen sollte. Dennoch hielt sie eine Sympathiebezeugung für das ungarische Volk für angebracht, selbstverständlich die Gebietsfragen umgekehrt, da es stets in "Deutschlands" Interesse liegen wird, mit Ungarn, ob groß oder klein, in Anbetracht seiner Lage als Durchgangsland nach den nahen Orient die besten Beziehungen zu pflegen." /Ebenda./

Der andere Standpunkt der deutschen Beurteilung der ungarischen Frage war die Lage und das zukünftige Schicksal der in Donaubecken lebenden Deutschen. Davon ausgehend gelangte das Budapester Generalkonsulat zu der Schlußfolgerung, daß die Aufrechterhaltung der Integrität Ungarns auch den deutschen Interessen besser entsprechen würde, als dessen Aufhebung. Einerseits, weil die Siebenbürger Sachsen in einen "rumänischen Staat, wo ihre gefährlichsten Gegner alle Vorteile genießen, die die Zugehörigkeit zur herrschenden Rasse bietet, wird der Kampf der Siebenbürger Sachsen um ihre nationale Existenz sicherlich noch viel schwieriger sein." Andererseits werden die südungarischen Schwaben "in so ausgesprochenen Agrarstaaten, wie es Rumänien und Serbien sind, wirtschaftlich aller Voraussicht nach stark zurückgehen." Demgegenüber "würden sie aber in dem zukünftigen Nationalitätenstaat Ungarn /wenn die Aufrechterhaltung der Integrität vorausgesetzt wird -Gy.T./, überdies noch geschützt durch die Autonomiegesetze,... durch ihre Kultur und ihren Fleiß... allmählich zu einer hervorragenden Bedeutung gelangen." Ja, es könne auch angenommen werden, daß sie durch eine "friedliche Landnahme" weiter erstarken würden.

Die Widersprüche zwischen dem Frieden ohne Annexionen, der territorialen Integrität und der nationalen Selbstbestimmung warnten im Jahre 1918-19 schließlich davor, daß in den ethnisch gemischten Regionen eine Lösung der Nationalitäten-gegensätze auf theoretischem Gebiet und in der praktischen Politik gleicherweise große Aufgaben, neue Annäherungsweisen, eine von der Wurzel auf neue Nationalitätenpolitik von der späteren südosteuropäischen Arbeiterbewegung erfordern wird.